

## Vorbild Sowjetunion

»Gegenüber der Kolonisierungspolitik der Westmächte hat sich die Sowjetunion in diesen Jahren schwerer Prüfungen wiederum als ein Freund des deutschen Volkes erwiesen ...

So steht die Sowjetunion dank ihrer beharrlichen Friedenspolitik an der Spitze des friedliebenden, antiimperialistischen Lagers.«  
(Wilhelm Pieck auf der 1. Parteikonferenz der SED, 25. Januar 1949)

Schon vor 1933 hatte die KPD die Sowjetunion zum Vorbild für ein künftiges Deutschland erklärt. Die Verheißung eines »Sowjet-Deutschlands« klang in den Ohren der meisten Deutschen wie eine Drohung. 1945 war Stalin realistischer. Er ließ die deutschen Kommunisten erklären: »Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre ...« Alle gesellschaftlichen Veränderungen im Osten Deutschlands wurden deshalb mit einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung legitimiert, und

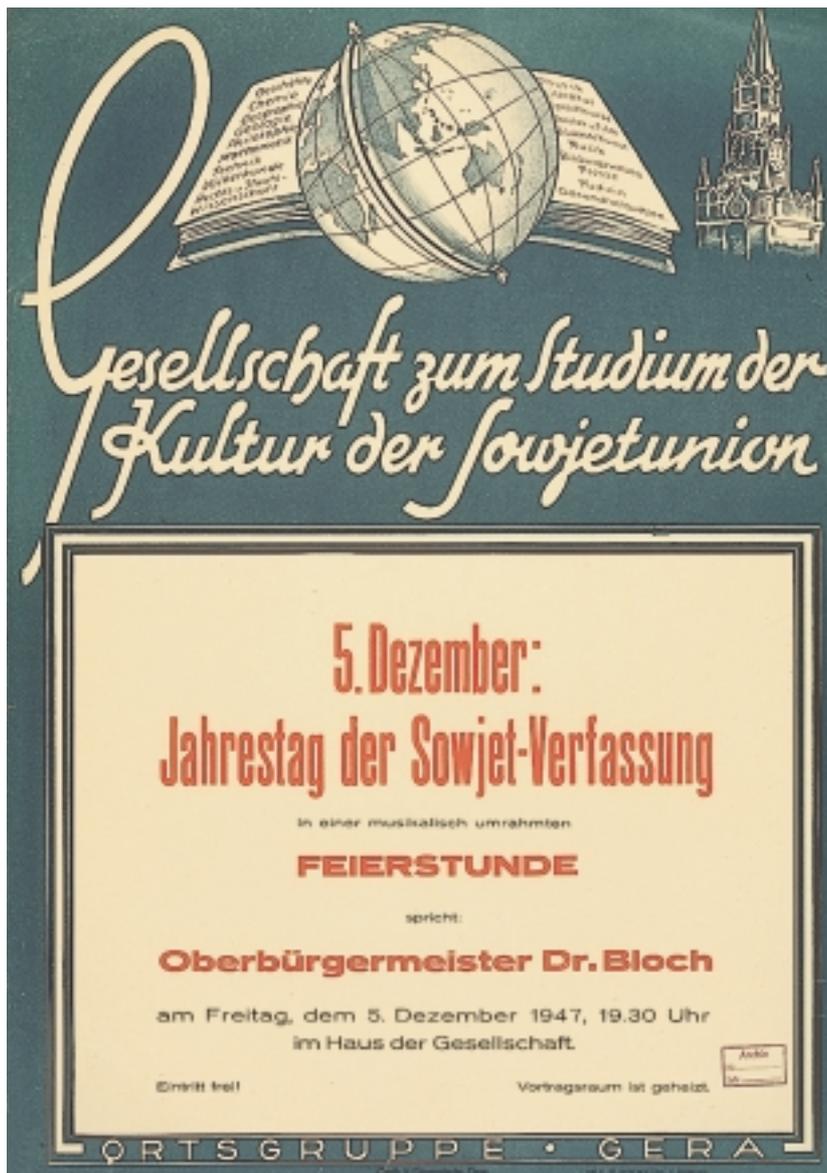
mit der Zulassung auch nichtkommunistischer Parteien wurde der Unterschied zur Sowjetunion hervorgehoben. Die Veränderungen in Politik und Wirtschaft waren so angelegt, daß sie eine Entwicklung auf das sowjetische Gesellschaftsmodell hin gestatteten, jedoch der Sowjet-Führung auch Spielraum für gesamtdeutsche Optionen ließen. Für die ostdeutsche Bevölkerung trug die Sowjetunion das Doppelgesicht des plündernden und vergewaltigenden, aber auch kinderfreundlichen und leutselig-naiven Rotarmisten.

Nicht zuletzt gegen dieses Bild wurde 1947 die »Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion« – ab 1949 »Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft« (DSF) – ins Leben gerufen. Mit betont sachlichen Vorträgen in »kulturvoller Atmosphäre« warb man vor allem im Bildungsbürgertum. Die Sowjet-Verfassung, die Stalin 1936 zur Verschleierung der wirklichen Zustände von einem seiner späteren Opfer hatte entwerfen lassen, war ein beliebtes Thema (Abb. 1.). Der Erfolg solcher Veranstaltungen war mäßig.

1948 unternahm die sowjetische Besatzungsmacht praktische Schritte, um ihr Ansehen zu verbessern: Sie begann mit Entlassungen aus den Internierungslagern und beendete als erste Besatzungsmacht in Deutschland die Entnazifizierung. Außerdem verordnete sie ihren Truppen eine Ausgangssperre, die die Lage der Bevölkerung spürbar erleichterte. Zugleich aber gerieten die Menschen in der SBZ/DDR unter einen – bis 1990 andauernden – Disziplinierungsdruck, denn die Kasernierung konnte jederzeit, jeden Tag, wieder aufgehoben werden. Auch die Demontagen, mit denen die Sowjets sich zusätzlichen Haß zugezogen hatten, wurden beendet. Allerdings blieben die wichtigsten Großbetriebe in sowjetischem Besitz, überdies hatte die ostdeutsche Wirtschaft weiterhin Reparationen zu liefern.

Ebenfalls ab 1948 begann die SED, die Sowjetunion als Vorbild zu proklamieren. Sie ging dabei jedoch vorsichtig zu Werke. In der Verfassung von 1949 unterblieb jeglicher Hinweis auf das Leitbild der herrschenden Partei. Statt dessen wurden freundschaftliche Beziehungen »zu allen Völkern« zur Staatsräson erhoben.

Nach der Staatsgründung kannte die Propaganda für die Sowjetunion – und damit für ein deutsches Nacheifern – jedoch keine Grenzen





mehr. Bis zum 17. Juni 1953 wurde in jedem November sogar eine spezielle »Woche der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft« veranstaltet. Mit dem totalitären Machwerk »Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang« wurde versucht, vor allem die Jugend zu indoktrinieren. Zu diesem Zweck wurden einzelne Kapi-

tel in Wandzeitungen »übersetzt«. In Kapitel XII »Der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion« (Abb. 2) wurde unter anderem die sowjetische Verfassung propagiert: »Unsere Wahlen sind die einzig wirklich freien und wirklich demokratischen Wahlen in der ganzen Welt« (Stalin). JS

**Abb. 2**  
Der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion (Wandzeitung: Geschichte der KPdSU [B]) 1950-1955  
Entwurf: Dietz Verlag, Berlin

**Abb. 1** (Seite 96)  
Jahrestag der Sowjet-Verfassung. In einer musikalisch umrahnten Feierstunde spricht: Oberbürgermeister Dr. Bloch 1947

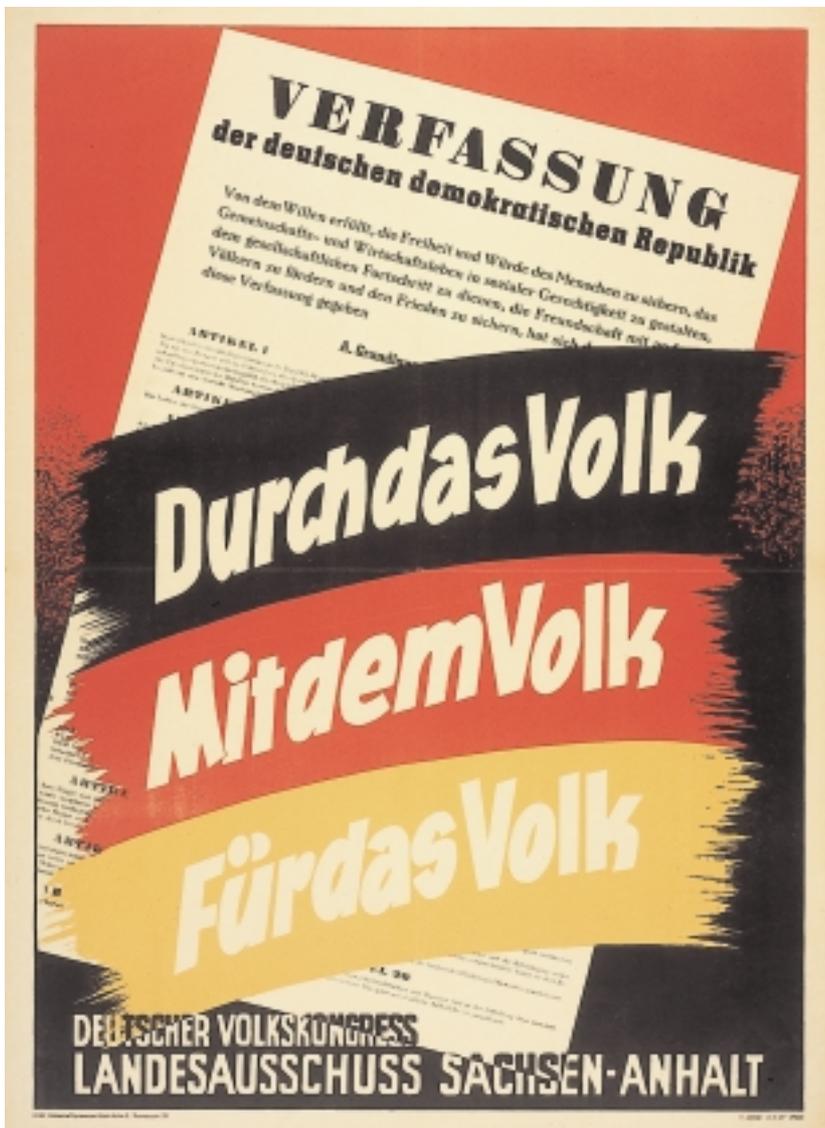
## Der Volksentscheid über die Verfassung von 1949

Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949, Vorwort

»Der Deutsche Volkskongreß, hervorgegangen aus allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen, bestätigte am 30. Mai 1949 die Verfassung. Nach der Umwandlung des Deutschen Volksrates in die Volkskammer beschloß diese in ihrer konstituierenden Sitzung vom 7. Oktober 1949 das »Gesetz über die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik«, durch das die Verfassung in Kraft gesetzt wurde.«

### Abb. 1

Verfassung der deutschen demokratischen Republik / Durch das Volk – Mit dem Volk – Für das Volk  
1949



Das Grundgesetz der Bundesrepublik wurde ohne Volksentscheid in Kraft gesetzt. Dem stellte in der innerdeutschen Konkurrenz die SED eine Abstimmung über die Verfassung der deutschen demokratischen Republik entgegen (Abb. 1, 2). Sie verband diesen Entscheid mit der Wahl zum »III. Deutschen Volkskongreß«, der die Verfassung in Kraft setzen sollte. Da aber die SED – deutlich mehr als noch 1946 – wegen ihrer unkritischen Haltung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht unterdessen endgültig in der Bevölkerung als »Russenpartei« verschrien war, setzte sie gegenüber CDU und LDP Einheitslistenwahlen durch.

Eigentlich hätten schon im Herbst 1948 turnusgemäß Landtagswahlen stattfinden müssen. Unter Hinweis auf den »nationalen Notstand«, verursacht durch die Staatsbildung im Westen, hatte die SED aber den beiden anderen Parteien eine Verschiebung um ein Jahr abhandeln können. Mit der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und mit der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) hingegen – beide im ersten Halbjahr 1948 gebildet – brauchte sie nicht zu verhandeln: Sie waren auf Wunsch der SED und mit deren Hilfe als Konkurrenten zu CDU und LDP geschaffen worden und folgten widerspruchslos allen Anweisungen aus der SED-Führung.

Das Ergebnis der Wahlen zum III. Deutschen Volkskongreß am 15. und 16. Mai 1949 löste unter den Spitzenfunktionären der SED Entsetzen aus. Die Anbindung der Wahlen an den Verfassungsentscheid hatte nicht das erhoffte Ergebnis gebracht. Ein Drittel der Wähler hatte dagegen gestimmt. Damit war das Schicksal künftiger Wahlen im Osten Deutschlands entschieden: Wenn schon bei Einheitslistenwahlen nur 66,1 Prozent der Stimmen zu gewinnen waren, dann hatte die SED bei freien Wahlen gegenüber CDU und LDP überhaupt keine Chance. JS

**Abb. 2**  
 Dem Volke die Staatsgewalt  
 1949  
 Entwurf: Kongreß-Verlag GmbH,  
 Berlin

**Dem Volke die Staatsgewalt**

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht auf Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreis, seinem Lande und in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Staatsgewalt muß dem Wohl des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen. Die im öffentlichen Dienst Tätigen sind Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei. Ihre Tätigkeit wird von der Volksvertretung überwacht. Höchstes Organ der Republik ist die Volkskammer.

(ARTIKEL 3 u. 54 DER VERFASSUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK)

*Wählt auf Dicht kommt es an!*

Da sollst Träger und Gestalter einer neuen demokratischen Ordnung sein. Der Volkskongress wählt die Volkskammer zum höchsten Organ der Staatsgewalt und ernennt die Regierung der Volkskammer.

Schließ mit dem alten bündnerischen Staats- und Regierungssystem: Deutschland soll eine demokratische Republik sein, die sich auf die Volkswahl gründet.

Arbeite mit, um den Volkskongress der Deutschen Föderation zu verwirklichen. Es geht um die Deutsche Demokratische Republik, den Frieden und den sozialen Fortschritt. Es geht um Deine Zukunft!

Herausgegeben vom Sekretariat des Deutschen Volksrats, Berlin NW, Wilhelmplatz

© 1949 Kongreß-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte vorbehalten. Druck: Kongreß-Verlag GmbH, Berlin. 100.000 Exemplare.